

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Fringscheihe monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3435.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gehaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 79.

Dresden, Dienstag den 8. April 1913.

24. Jahrg.

Die Militärvorlage vor dem Reichstage.

Die mit allen Zeichen der Öffentlichkeit behaftete Militärvorlage des Militarismus ist nun im Reichstag zur Beratung gestellt. Der erste Tag dieser Beratung zeigte ein lebhaftes Interesse des Publikums, das die Tribünen bis auf den letzten Platz füllte — auch die Diplomaten- und Hofgesellschaften waren von uniformierten und bekränzten hohen Herrschaften vollgepfropft —, aber es kam kaum behauptet werden, daß die militärpolitischen Parteien des Reichstags mit viel Stimmung und Lebendigkeit an diese Vorlage herantreten sind. Die Debatte lief im Vergleich zu der Tragweite der Regierungsforderungen und zu dem grellen Lärm, der in der Wehrvereinspresse gemacht worden ist, bisher in verhältnismäßig gedämpften Tönen. Dies ist wohl darin begründet, daß viele Leute unter den bürgerlichen Parteien, wenn sie auch den neuen Anforderungen zustimmen müssen, sich doch nicht übermäßig wohl fühlen bei all diesem militaristischen Gerede und all diesen enormen Kosten. Andererseits lagen sich dieselben, daß sie sich nicht besonders aufzuregen nötig haben, da die Wehrheit für die Forderungen der Kriegsverwaltung von vornherein gesichert erscheint. Weit mehr erweckt die Aufmerksamkeit vieler Reichstagspolitiker auf die Steuer vorlagen gelenkt, denn dabei wird es sich darum handeln, ob es gelingen kann, die unzureichende und zum Teil nur scheinbare Belastung des Volkes in eine kräftigere und dauernde „Opferpende“ zu verwandeln.

Die Debatte wurde durch den Reichstagspräsidenten Bethmann-Hollweg eröffnet. Er sprach kaum länger als eine gute halbe Stunde und er sagte kaum etwas, was nicht in ähnlichen Worten schon in den Zeitungen gesagt worden ist. Die Rede des Kanzlers brachte nichts Ueberraschendes, sie hielt sich aber auch fern von heftigen Worten nach dieser oder jener Seite hin, so daß auch nur selten der Widerspruch von links her und das Krachen der anderen Fraktionen einwirkte. Bethmann-Hollweg sprach einigermaßen zögernd, es schien, als ob es ihm nur schwer gelingen wolle, die neue Lieberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit der gewaltigen Leistungen mit der noch vor wenigen Monaten ihm beherrschenden entgegengesetzten Lieberzeugung in Ausgleich zu bringen.

Am Grunde war die Rede des Reichstagspräsidenten eine ganz gute Widerlegung der Militärvorlage. Der Reichstagspräsident gab eine Darstellung über die internationale Situation und über die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den anderen Staaten Europas, die in fast jeder Hinsicht günstige Züge aufwies. Die russische Regierung stehe zu uns in offenen und vertrauensvollen Beziehungen. Direkte Interessengegensätze zwischen Rußland und Deutschland seien überhaupt nicht vorhanden. Auch unsere Beziehungen zu Frankreich seien gute, die jetzige französische Regierung sei gewiß von friedlichen Absichten befeelt, auch das französische Volk in seiner Gesamtheit dränge nicht zum Kriege. Ja sogar zwischen England und Deutschland werden Freundschaft gesponnen, die Zeit der Flottenhege scheint vorüber zu sein und es scheint das Vertrauen wiederzukehren. Auch von dem englischen Marineminister Churchill sprach er, ein Weltmeisterjahr für die Beziehungen einzulassen, sprach Bethmann-Hollweg keineswegs in der Art der chauvinistischen Mütter, die in solchen Anreden nur perfide Pläne Albions huchen, auch nicht in den abprechenden Worten, wie er selbst sie noch vor wenigen Jahren gebraucht hat. Vielmehr begrüßte er die Anregung, wenn auch mit Zurückhaltung, so doch als einen Fortschritt, und er will abwarten, ob konkrete Vor schläge kommen.

Amfakt aber wirklich abzuwarten, ob solche Vor schläge von anderen Regierungen kommen, oder gar selbst auf Vorschläge zur Rüstungsmitberung zu summen, tritt der Reichstagspräsident mit der Vermehrung des deutschen Heeres um 138 000 Köpfe hervor. Nach seiner eigenen günstigen Darstellung der internationalen Lage mußten die Gründe, die er für die Heeresvermehrung vorbrachte, überaus künstlich herbeigezogen werden. In Frankreich gäbe es Chauvinisten, die auf eine günstige Gelegenheit lauerten, den Nebankkrieg gegen Deutschland zu führen. Es sei zu befürchten, daß die Chauvinisten einmal das französische Volk und die französische Regierung hineinziehen könnten. In Rußland sei die panslawistische Strömung durch die Balkanereignisse gestärkt worden. Die Gefahr eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich, in dem Deutschland hätte eingreifen müssen, habe Monate hindurch andauert. Aus diesen Umständen habe sich bei uns „mit elementarer Macht“ die Frage aufgedrängt, ob wir stark genug seien, um allen etwaigen Gefahren gewachsen zu sein.

Die Frage aber, ob nicht das Wachstum der slawischen Gefahr — sofern man dieses Gespenst einmal als Wirklichkeit nehmen will — zu der Ueberlegung führen müßte, wie endlich eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland herbeigeführt werden kann, diese wichtige Frage einer nicht nur im Nebenartigen, sondern im Ernste friedlichen deutschen Politik kümmert den Herrn v. Bethmann-Hollweg überhaupt nicht. Aus angeblichen Beziehungen der Nachbarverhältnisse im Osten und Südosten Europas, aus Behauptungen, die nicht Erklärde, sondern nur Vorwände sind, folgert der

Reichstagspräsident die „unbedingte Notwendigkeit“ der riesenhaften Wehrleistungen, deren Wirkung ungewisshast dahin geht, daß nicht der Friede in Europa gewahrt und gesichert wird, sondern daß der Spannungszustand zwischen den Nationen sich äußerste verschärft, daß von neuem Mißtrauen und Zwietracht zwischen den Völkern gesät wird, die alles tun sollten, wirtschaftlich und kulturell einander nahe zu kommen und mit einander in Freundschaft zu leben.

Der Reichstagspräsident schloß, um nicht allzu stimmungslos zu bleiben, mit einem beliebigen Kriegereinschurra: Wenn uns jemand Haus und Hof bedroht, so stehen wir fest bis auf den letzten Mann! Damit erwarb er sich denn auch einige Beifallschreie der „Patrioten“, während von den sozialdemokratischen Banken mit bestigem und andauerndem Lärm erwidert wurde. Nach dem Kanzler nahm der Herr v. Winterhagen das Wort. Aber da man glaubte, er werde erst richtig beginnen, da war dieser biedere Kriegsmann im weißen Parade schon fertig. Er brauchte kaum 10 Minuten, um die militärische „Begründung“ einer Milliardenvorlage abzuleisten. Er bewegte sich auch nur in ein paar allgemeinen Wendungen über Rüstungen da und dort, denen Deutschland entschieden und gründlich entgegenzutreten müsse. Je ungeheurerlicher die Zumutungen sind, die der Kriegsgott dem Volke macht, um so bequemer macht er sich seine Sache. Er kommandiert und das Volk soll widerspruchslos gehorchen.

Unter Parteigenosse Haase, der als erster Redner aus dem Hause zum Worte kam, hat in einer unmaßstabigen Rede die Stellung der Sozialdemokratie zu der Heeresvorlage und zur gesamten auswärtigen Politik dargelegt. Er verpflichtete mit scharfer Logik die Scheingründe der Militaristen. Er wies nach, daß die verantwortliche Reichsleitung noch vor kurzer Frist — und nachdem bereits der Umschwung auf dem Balkan eingetreten war — eine neue Militärvorlage als unübrig abgelehnt habe, daß sie dann aber sehr schnell vor dem Eitelstiefeln des Generalstabs und vor dem Willen des obersten Kriegsherrn kapitalisiert hat. Er zeigte, daß die angeblichen Gründe für die Vorlage nur Schein und Raube seien und daß die Wirkungen der Vorlage verhängnisvoll für die Völker Europas werden müssen. Unter Redner stellte ferner in wirkungsvollen Ausführungen die Forderung, daß das Heer aus einem Drill- und Kasernenheer zu einem wirklichen Volksheer umgestaltet werden müsse, daß die Privilegien der Offizierskaste beseitigt und daß die Dienstzeit für alle Söhne des Volkes wenigstens auf das Maß herabgesetzt werden müsse, das für die Söhne der wohlhabenden Klassen in Geltung ist.

Für das Zentrum sprach dann Dr. Spahn. Seine Ausführungen blieben noch hinter den geringfügigsten Erwartungen, die an den Führer einer der größten Fraktionen gestellt werden durften, zurück. In fast zusammenhängendlosen Sätzen, in einer Folge von gänzlich tonlosen Vermerken glaubte der Führer des Zentrums die Militärleistungs- und Kasernierungsvorlage abtun zu können. Eingangs seiner Worte sagte Herr Spahn, er könne jetzt noch nicht sagen, wie seine Fraktion sich zu den verschiedenen Forderungen der Regierung stellen werde, seine Fraktion wolle erst die Kommissionsverhandlungen abwarten. Dann jedoch bekundete der Zentrumsführer in jedem Satze volle Uebereinstimmung mit allem, was der Reichstagspräsident gesagt hat. Früher hat das Zentrum bei der ersten Lesung von Rüstungsvorlagen sich noch ein wenig geziert und gesperrt. Jetzt ist auch das nicht mehr nötig. Es scheint, als habe das Zentrum bereits einige Gegengaben von der Regierung fest zugefesselt erhalten. Von Mißtrauensstimmung, wie im Monat Dezember bei der Jesuitendebatte, ist jetzt keine Spur mehr zu entdecken.

Der Reichstagspräsident v. Diebent vollführte danach eine kleine Pause, deren raschelndes Schall wir schon aus jeder Agitationschrift des Wehrvereins vernahmen. Er wendete sich besonders eifrig gegen diejenigen, die es sich etwa einfallen lassen möchten, Abstriche und Ersparnisse bei der Heeresvorlage zu machen. Seine Rede hat ja schon entdeckt, daß eigentlich die jetzige Vorlage schon wieder nicht völlig genüge!

Der panslawistische Popanz.

Dem deutschen Reichstagspräsidenten muß es peinliche Verlegenheit bereitet haben, eine auch nur seine bescheidenen Ansprüche befriedigende Begründung für die Rüstungsvorlage zusammenzufappeln. Die Antikindlungen der journalistischen Regierungshandlanger hatten schon darauf schließen lassen, daß der Balkankrieg der ungeheuerliche Volkschreißung liefern würde. Und richtig: der panslawistische Popanz wurde von dem Reichstagspräsident an die Wand gemalt, um die biederen Heeresgänger in die Gewaltverfassung zu bringen, die ihnen die Zustimmung zur Verstärkung des Heeres um 140 000 Mann erleichtern würde. Wer aber, unbedacht durch frühere Erfahrungen, sich der Erwartung hingeeben haben sollte, von dem Reichstagspräsident eine wirklich eingehende sachliche Erörterung

der panslawistischen Gefahr darlegen zu hören, muß arg enttäuscht gewesen sein.

Was hat es auf sich mit dem Panslawismus überhaupt? Die panslawistische Idee beruht auf der Voraussetzung, daß alle slawischen Völker untereinander durch gemeinsame Interessen gegenüber allen anderen Völkern, insbesondere gegenüber den germanischen Völkern, verbunden sind. Auch der Reichstagspräsident teilt offenbar diese Auffassung, denn an einer Stelle seiner Rede sprach er von dem Gegensatz des Slawentums gegen das Germanentum. Das ist aber weiter nichts als ein Hirngespinnst, das allerdings von gewissen russischen Politikern im Interesse des russischen Imperialismus künstlich aufrechterhalten wird.

Die sprachliche Zusammengehörigkeit ist allerdings ein Faktor von großer politischer Bedeutung; daraus beruht die sogenannte nationale Idee, die seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts sich in Europa mehr und mehr Geltung verschafft hat. Die sprachliche Zusammengehörigkeit bildet den Kern für das Staatsgefühl der Völker in den meisten Staaten Europas. Sie aber an sich noch nicht einmal ein Beweis für die gemeinsame Abstammung aller derselben Sprache sprechenden Leute, oder, wie man das auch ausdrückt, für die „Rasseneinheit“ eines Volkes. Denn alle heute eine Sprache sprechenden Völker Europas sind aus der Verschmelzung verschiedener Volkselemente entstanden. Daß die Sprache eines der wichtigsten Bindemittel eines Staates ist, liegt auf der Hand, da sie die gegenseitige Verständigung und die gemeinsame Behandlung aller öffentlichen Angelegenheiten ungemein erleichtert. Staaten, in denen verschieden sprachige Völker zusammenwohnen, haben deshalb auch unter den Nachteilen der daraus entstehenden nationalen Antipathien der einzelnen Völker untereinander schwer zu leiden. Am auffälligsten tritt dieser Nachteil in dem vielsprachigen Oesterreich zu Tage. Es kann noch einmal durch die beständigen nationalen Zwistigkeiten zerprengt werden, wenn es nicht gelingt, die Volksteile des Oesterreichs zur gegenseitigen Eubdung und Verständigung zu bringen, wie das in der Schweiz möglich gewesen ist.

Es liegt aber gar kein Grund vor, daß Völker, die verschiedene Sprachen sprechen, bloß deshalb ein Gemeinschaftsgefühl und eine gemeinsame Begehrtschaft gegen andere Völker notwendigerweise entwickeln müßten, weil die Sprachen, die sie sprechen, unter einander näher verwandt sind.

In überwiegender Mehrzahl sprechen die Völker Europas Sprachen, die sich auf eine gemeinsame Ursprache, die man die arische nennt, zurückführen lassen. Die arischen Sprachen zerfallen wieder in mehrere Gruppen, unter denen drei am zahlreichsten die kleineren Sprachgemeinschaften wesentlich überwiegen, und die deshalb auch hier hauptsächlich in Betracht kommen. Das sind die romanischen Sprachen, die sich auf eine gemeinsame Mutter, das Lateinische, zurückführen lassen. Es sind das: Italienisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch und Rumänisch. Der germanischen Gruppe gehören an: Deutsch, Holländisch, Flämisch, Schwedisch, Dänisch, Norwegisch und Englisch. Die slawische Gruppe endlich umfaßt: Russisch, Polnisch, Tschechisch, Serbisch, Slowenisch, Ruthenisch, Polnisch und Tschechisch. Außerdem gibt es in Europa noch drei isolierte arische Völker, die Griechen, Albaner und Völker.

Schon aus der obigen Zusammenstellung geht hervor, daß die gemeinsame sprachliche Verwandtschaft keineswegs ein politisches Gemeinschaftsgefühl erzeugt. Das gilt für die romanischen und germanischen Völker, nicht minder aber auch für die Slaven, denn die Russen lassen sich durch ihre sprachliche Verwandtschaft mit den Polen nicht von der bruttalen Unterdrückung dieses slawischen Nachbarvolkes abhalten. Auch Serben und Bulgaren haben noch vor wenigen Jahren untereinander einen erbitterten Krieg geführt. Der Balkanbund, der jetzt gegen die Türken Krieg führt, umfaßt allerdings drei slawische Völker, Bulgaren, Serben und die serbisch sprechenden Montenegriner. Sollte der Balkanbund Bestand haben, so müssen ihm außer den nichtslawischen Griechen auch noch die nichtslawischen Rumänen und Albaner beitreten. Es ist also völlig aus der Luft gegriffen, diesem Bunde notwendigerweise eine panslawistische, gegen das Germanentum gerichtete Politik zuzuschreiben.

Die Petersburger Nachbarn möchten zwar herzlich gern sich die Gefolgschaft irgend welcher Balkanländer bei einer kriegertischen Verwicklung gegen Oesterreich oder auch Deutschland sichern. Dazu wäre aber bei den Balkanländern unter keinen Umständen Annäherungen, Griechenland oder gar Albanien zu bringen, ja nicht einmal Bulgarien, das nirgends mit seinem Gebiet ein westeuropäisches Land berührt, sondern oberhalb Serbien und Montenegro. Aber auch das könnte nur geschehen, wenn Oesterreich es nicht bestehen würde, durch Befriedigung der berechtigten Ansprüche seiner eigenen serbischen Bevölkerung diese Gefahr im voraus zu bannen. Unter keinen Umständen kann aus diesen sehr entfernten und winzigen Möglichkeiten eines serbisch-oesterreichischen Krieges die Notwendigkeit der geplanten ungeheuerlichen Verstärkung des deutschen Heeres hergeleitet werden.

„Schwarz in schwarz gemalt ...“

Paris, 8. April. Die Rede des deutschen Reichstagspräsidenten wird von der gesamten Presse lebhaft kritisiert und von den